

GRUNDSATZ-DISKUSSIONEN IM AROSER PARLAMENT

Viel zu diskutieren gab es am Donnerstag, 20. Juni, für das Aroser Gemeindeparlament an seiner Sitzung in Molinis

Von Albert Pitschi

Möglicherweise war es das Traktandum «Bericht und Antrag des Gemeindevorstandes zum Parlamentarischen Auftrag für eine Aufgaben- und Leistungsüberprüfung», das dem Parlament am meisten Kopfzerbrechen bereitete – obwohl die Volksvertreter auf dieses Traktandum gar nicht eintraten. Mit dem Auftrag hatte das Parlament den Vorstand aufgefordert, Massnahmen «für günstige Voraussetzungen für eine gesunde finanzielle Basis der Gemeinde» zu erarbeiten. Themen dabei waren zum Beispiel die Dachorganisation Gesundheitswesen, Arosa Tourismus oder der Ortsbus. In der Eintretensdebatte wurde bemängelt, dass der Bericht wenig Neues und vor allem Sparmassnahmen enthalte,

die sich zum Teil bereits in der Umsetzungsphase befänden. Ausserdem sei die Kommission, die den Auftrag vorbereitet hatte, zu wenig in die Beratungen einbezogen worden. So wurde beschlossen, den Bericht und den Antrag gar nicht erst zu besprechen. Man wollte aber auch nicht, dass das Geschäft einfach abgeschrieben würde. Gemeindepräsident Lorenzo Schmid versprach dann, in Gesprächen formlos auf die Kommission zuzugehen und mit ihr das weitere Vorgehen zu besprechen. Es wird also weiter nach Wegen zur Optimierung des finanziellen Ergebnisses der Gemeinderechnung gesucht.

Ebenfalls um Grundsätzliches ging es bei einem weiteren Auftrag, der eine Zukunfts- und Strategieplanung für die Gemeinde forderte. Der Gemeindevorstand wandte sich gegen diesen Auftrag, weil er zu kurzfristig eingegangen sei, um ihn noch in der laufenden Amtsperiode zu behandeln.

Man solle ihn nach den Neuwahlen vom kommenden Jahr, also erst im Jahre 2021 wieder aufnehmen. Schliesslich einigte man sich auch hier darauf, dass der Vorstand auch ohne formellen Auftrag mit den Parlamentariern das Gespräch suchen werde. Dringliche Anliegen – wie zum Beispiel eine Verfassungsrevision (Wiedereinführung einer Gemeindeversammlung) – sollen dabei thematisiert werden.

Ganz allgemein nahm man sich vor, vermehrt im Gespräch aufeinander zuzugehen, um Missverständnissen vorzubeugen.

Missverständnisse in Gesprächen ausräumen

Das Gemeindeparlament hatte an seiner Sitzung ausserdem einige Jahresrechnungen zu genehmigen. Kaum zu Fragen Anlass gaben diejenigen der Gesamtmeliorationen Lünen und St. Peter-Pagig/Peist/Lang-

wies: Man sei bei diesen Projekten auf guten Wegen und bewege sich innerhalb der Finanzplanungen. Auch die Rechnung von Arosa Energie wurde genehmigt. Statt des budgetierten Verlusts von 88 000 Franken konnte ein Gewinn von 400 000 Franken verbucht werden.

Zur Jahresrechnung der Gemeinde Arosa selbst wurden bei verschiedenen Posten detaillierte Auskünfte verlangt, was aber auch hier an der Genehmigung nichts änderte. Bei einem Aufwand von 36,8 Millionen Franken und einem Ertrag von 37,9 Millionen Franken resultierte ein Gewinn von 1,1 Millionen Franken. Die Investitionsrechnung schloss mit Ausgaben von 11,6 Millionen Franken und Einnahmen von vier Millionen Franken ab. Die Nettoinvestitionen beliefen sich somit auf 7,6 Millionen Franken.

Mit wenigen Änderungen angenommen wurde die Verordnung für das Erstellen von jagdlichen Einrichtungen in der Gemeinde Arosa. Insbesondere sieht sie vor, dass pro Jäger nur eine jagdliche Einrichtung (zum Beispiel ein Hochsitz) bewilligt werden kann und dass Einrichtungen im freien Gelände nicht erlaubt werden.

Mehrere Jahresrechnungen genehmigt

Am Schluss informierte der Gemeindevorstand über den Stand bei der Erarbeitung eines (schlanken) Zweitwohnungsgesetzes, über ein Projekt mit Studenten, um der Zunahme von geschlossenen Ladengeschäften entgegenzuwirken, über den Stand beim Schulhaus-Neubau, über die Neufassung des Tourismusgesetzes und über die Errichtung der Gesundheit Arosa AG: Für diese AG werden bis 12. Juli noch Verwaltungsräte gesucht. Zur Behebung der gefährlichen Verkehrssituation in St. Peter hiess es, dass eine Machbarkeitsstudie erstellt würde.

Die Sitzung, geleitet von Parlamentspräsident Markus Lütscher, endete nach rund fünf Stunden um 18.30 Uhr.



Parlamentspräsident Markus Lütscher führt durch die Sitzung.
Bild Albert Pitschi